

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 08/2024 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- **Infos aus dem KJHA vom 17.09.2024**
- **17. Kinder- und Jugendbericht**
- **Neue Sinus-Jugendstudie veröffentlicht**
- **flimmern und rauschen – Filme einreichen**
- **Förderpreis Münchner Lichtblicke**
- **10 Jahre Musenkuss**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

INFOS AUS DEM KJHA VOM 17.09.2024

TOP 1 – ERRICHTUNG EINES HAUSES für Kinder mit 4 Krippen- und 3 Kindergarten-
gruppen in der Truderinger Straße; **TOP 2 – ERRICHTUNG EINES HAUSES** für Kinder
mit 4 Krippen- und 3 Kindergarten-
gruppen in der Truderinger Straße; **TOP 3 – INVESTI-
TIONSKOSTENFÖRDERUNG** beim Bau nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen; **TOP**

7 – TRÄGERAUSWAHL FÜR JUGENDSOZIALARBEIT an Schulen (JaS)/Schulsozialarbeit (SchSA) an vier Grundschulen in den Stadtbezirken 6, 7 und 20 und TOP 8 – NEUBAU EINER EINRICHTUNG DER OFFENEN KINDER- UND JUGENDARBEIT im 5. Bauabschnitt Messestadt Riem

Ohne Aufruf einstimmig beschlossen

TOP 4 – ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE München und Oberbayern (IKG) Freiwilliger Zuschuss zu den Ausgaben für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für pädagogische Einrichtungen im Jahr 2024

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) erklärte, dass mit diesem Beschluss die Landeshauptstadt Mittel in die Hand nehmen werde, um Kinder, Jugendliche und deren Familien mit jüdischem Glauben zu schützen. Dies belege ihrer Meinung nach, dass sich der KJHA auch immer wieder in übergeordnete gesellschaftliche Debatten einbringe. Eigentlich sei es jedoch entsetzlich, dass diese Schutzmaßnahmen nötig seien – unabhängig von der Haushaltslage sei dieser Beschluss aber alternativlos.

Auch StRin Lena Odell (SPD/Volt) unterstrich, dass der KJHA und die Stadtpolitik das Schutzbedürfnis von jüdischen Bürger*innen erst nimmt. Sie drückte ihre Hoffnung aus, dass diese Maßnahmen in nicht ferner Zukunft nicht mehr nötig seien.

Dem stimmte StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) vollumfänglich zu – ergänzte jedoch, dass der Stadtrat auch bei anderen bedrohten Gruppen so schnell und konsequent Schutzmaßnahmen finanziere.

StR Marian Offman (SPD/Volt) erklärte, dass in dieser Diskussion keine Gruppe gegen eine andere ausgespielt werden dürfe. Der Anschlag auf die israelische Botschaft und das NS-Doku-Zentrum vor wenigen Tagen habe gezeigt, dass jüdische Bürger*innen noch immer einer realen Bedrohung ausgesetzt sind. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Eltern aus Angst vor dieser Gewalt ihre Kinder nicht mehr in Kindertagesstätten oder Schulen geben. Deshalb müssten diese Einrichtungen geschützt werden. Die Landeshauptstadt müsse sich dafür starkmachen.

Abstimmung: Beschluss einstimmig angenommen

TOP 5 – EVALUATION UND BERICHT zum Angebot „Unterstützung der Grundschulen in Kooperation mit den Erziehungsberatungsstellen“

StRin Lena Odell (SPD/Volt) bedankte sich für die Vorlage des positiven Berichts, der eine freiwillige Leistung der Stadt zeige. Die darin beschriebenen Synergien zwischen Schule und dem sozialen Umfeld – die Kooperation zwischen beiden – sei ein Erfolgsmodell und der richtige Ansatz zur Bewältigung von Problemlagen. Sie bedankte sich vor allem für die Arbeit der Kolleg*innen in den Erziehungsberatungsstellen, die niederschwellige und wirksame Angebote bereithalten würden. Sie ergänzte, dass mehr Mittel sicher wünschenswert wären; im kommenden Jahr solle sich der KJHA dazu Gedanken machen, wie zusätzliche Mittel bereitgestellt werden könnten. Für sie blieben zwei Fragen offen: 1) Hat die Kooperation zwischen Erziehungsberatungsstellen (EBS) und Schule dazu geführt, dass mehr oder weniger Nachfragen in den EBS auflaufen und 2) wie die Weitervermittlung von Bedarfsfällen an weitere Hilfseinrichtungen gelingt.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) bedankte sich ebenfalls für die Vorlage der Evaluation und freute sich darüber, dass das Kooperationsmodell so erfolgreich wirke. Sie betonte, dass die EBS an Grundschulen keinen Ersatz für die Schulsozialarbeit darstellen – beide hätten verschiedene Aufgaben. Zudem zeige sich, dass die EBS aufgrund der neuen Aufgabe an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, weil neue Klient*innen die Angebote auch außerhalb der Schule wahrnehmen würden. Der Bedarf nach personeller Aufstockung in den EBS sei lange bekannt, leider seien die Bedarfe weder in den Eckdatenbeschlüssen für 2024 noch für 2025 aufgenommen worden. Dabei fehlten aktuell 6,6 VZÄ im Bereich der Fachkräfte – weitere 12 VZÄ im Bereich der Verwaltung. Dies gehe aus der Beantwortung einer Anfrage der CSU im August 2023 hervor. Die EBS stellen eine Pflichtaufgabe der Stadt dar. Es könne deshalb nicht hingenommen werden, dass die Bürger*innen lange Wartezeiten bis zu einem Beratungstermin auf sich nehmen müssten. Sie dankte ausdrücklich den engagierten Mitarbeiter*innen der EBS und den Kolleginnen der Fachsteuerung im Jugendamt, die immer sehr unterstützend seien und sich der Anliegen der EBS annehmen. Sie drückte ihre Hoffnung aus, dass im kommenden Jahr den tatsächlichen Bedarfen nachgekommen werden könne, um Familien durch dieses Angebot bestmöglich unterstützen zu können.

Jürgen Wolf (ebz) freute sich ebenfalls über die positive Evaluation und die gute Zusammenarbeit mit der Fachsteuerung. Das zeige, dass es sich dabei um ein reiflich durchdachtes Projekt handle., das in der Corona-Zeit entwickelt wurde. Er bekräftigte, dass die Kolleg*innen alles tun würden, um die Wartezeit für einen Beratungstermin unter sechs Wochen zu halten. Das Projekt selbst wurde aus einer Notsituation heraus geboren – wird sich nun aber verstetigen. Er unterstrich zudem, dass es keinen Ersatz für die Schulsozialarbeit darstelle. Der Unterschied liege u.a. darin, dass die EBS die Kinder auch nach der Grundschulzeit weiter begleiten würden. Gut sei auch, dass sich die Kinder im Sinne des Kinderschutzes selbständig an die EBS wenden könnten. Er dankte den Mitgliedern des KJHA und dem Stadtrat für die Finanzierung der EBS.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) dankte ebenfalls den Mitarbeiter*innen der EBS und freute sich, dass sicher bald alle Grundschulen in München dieses Kooperationsmodell umsetzen würden. Sie wies ebenfalls auf die fehlenden VZÄ in Bereich Fach- und Verwaltungskräfte hin. Diese Lücke müsse geschlossen werden. Eine Wartezeit von sechs Woche bist zu einem Beratungstermin hielt sie vor allem in Notsituationen für nicht akzeptabel.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) ergänzte, dass dieses Modell wohl bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen würde. Die gute Verzahnung der Stellen komme letztlich den Kindern und Jugendlichen zugute. Sie glaubte, dass in Notfällen die Wartezeit auf einen Termin deutlich verkürzt werden könnte.

Michaela Fischer (Caritas) fügte hinzu, dass die Verknüpfung von EBS und Schule ein beispielhafter Ansatz sei. Die Frage nach der Ausstattung der Erziehungsberatungsstellen laut aktuellen Sozialmonitoring müsse jedoch beantwortet werden. Wenn diese nicht entsprechend den Bedarfen ausgestattet sind, wird darunter auch die Beratungsqualität leiden.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) erläuterte, dass das Referat haushalterisch eine schwierige Zeit zu bestehen habe, versprach aber, die personelle Ausstattung im Blick zu behalten.

Nur Bekanntgabe

TOP 6 – GEWÄHRUNG VON ZUSÄTZLICHEN MITTELN für das Aufklärungsprojekt München e. V. aus dem Fonds Queere Gleichstellung

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) berichtete, dass es aus antidiskriminierungs-politischer Sicht wünschenswert sei, dass keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden müssten. Sie freute sich, dass es nun gelungen sei, einen kleineren Beitrag aus dem Fonds verfügbar zu machen. Peer-to-peer-Angebote in der Beratung – besonders queerer Themen – sei ein besonders erfolgversprechender Ansatz.

Abstimmung: Beschluss einstimmig angenommen

TOP 9 – BEKANNTGABE EINER BESCHLUSSFASSUNG des Verwaltungs- und Personalausschusses als Feriensenat vom 21.08.2024: Aufarbeitung der Missstände bei der Unterbringung von Kindern durch die Landeshauptstadt München seit 1945:

Verena Dietl (Bürgermeisterin) zeigte sich erleichtert, dass der Feriensenat eine schnelle und unbürokratische Lösung gefunden bzw. den Beschluss gefasst habe, damit die Betroffenen schnellstmöglich eine Entschädigungszahlung erhalten.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) dankte der Bürgermeisterin und stimmt dem zu. Sie verwies darauf, dass das Thema weiter Relevanz habe – nicht zuletzt durch eine anhaltende positive mediale Berichterstattung. Sie erläuterte, dass München damit bundesweit ein Leuchtturm in der offenen und schnellen Aufarbeitung der Verfälle ist.

StRin Barbara Likus (SPD/Volt) bezeichnete die schnelle Zurverfügungstellung der Anerkennungsleistungen als Akt der Fairness gegenüber den Opfern. Es sei deshalb gut, dass der Feriensenat eine solch weitreichende Entscheidung getroffen habe. München zeige damit Respekt vor der Lebensleistung der Opfer. Sie dankte dem Beirat und der Betroffenen-Kommission für die Beschlussvorlage.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bekräftigte die Aussage und ergänzte, dass sie das Vorgehen der Landeshauptstadt stolz darauf mache, als Stadträtin die entsprechenden politischen Weichen stellen zu können.

Auch Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) dankte allen Beteiligten und bestätigte, dass ihres Wissens nach keine andere Kommune oder Institution in Deutschland einen so transparenten und wirksamen Aufklärungsprozess betreibe wie München. Sie drückte ihre Hoffnung aus, dass München hier beispielgebend für andere sein kann.

Nur Bekanntgabe

Zusammengestellt von Marko Junghänel

17. KINDER- UND JUGENDBERICHT

Der 17. Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland so vielfältig aufwachsen wie nie zuvor. Rund 22 Millionen junge Menschen teilen den Wunsch nach Sicherheit und Orientierung, stehen jedoch vor Herausforderungen wie Krieg, Klimawandel,

Fluchtmigration, Pandemie-Nachwirkungen, Fachkräftemangel und Druck auf die Demokratie. Obwohl die meisten mit Zuversicht in die Zukunft blicken, hat ihr Vertrauen abgenommen, und sie sind unterschiedlich stark von Krisen betroffen. Die Gesellschaft hat Ressourcen, kann diese jedoch nicht allen jungen Menschen gleichermaßen zugänglich machen. Die Berichtskommission fordert, die Bedürfnisse junger Menschen stärker zu berücksichtigen und betont die Notwendigkeit einer starken Kinder- und Jugendhilfe, die Bereiche wie Kitas, Schulen, Jugendzentren und Jugendsozialarbeit umfasst.

[Hier](#) gibt es den ganzen Bericht zum Lesen

NEUE SINUS-JUGENDSTUDIE VERÖFFENTLICHT

Wie leben und erleben Jugendliche ihren Alltag? An welchen Werten orientieren sie sich? Die SINUS-JUGENDSTUDIE gibt seit 2008 im Rhythmus von vier Jahren einen aktuellen und lebendigen Einblick in die vielfältigen Lebenswelten der 14- bis 17-Jährigen. In der soeben erschienenen Studie finden sich zahlreiche Vertiefungsthemen – wie beispielsweise zum Umgang mit politischen Krisen, Aspekte zur sozialen Ungleichheit und Diskriminierung, Engagement und Beteiligung, Untersuchungsergebnisse zum Lernort Schule, Mental Health, Sinnsuche und Spiritualität in Social Media, Fake News, Geschlechtsidentität und Rollenerwartungen. [Hier](#) geht's zum kostenlosen Download.

FLIMMERN & RAUSCHEN – FILME EINREICHEN

Im Frühjahr 2025 findet wieder das älteste Kinder- und Jugendfilmfestival Deutschlands statt und alle bis 26-Jährigen haben die Möglichkeit, ihren Filmen eine große Bühne zu bieten, egal ob Kurzfilm, Musikvideo oder YouTube-Clips. Durchgeführt wird das Festival jedes Jahr vom Medienzentrum München des JFF in Zusammenarbeit mit Filmstadt München e.V. sowie dem Stadtjugendamt und dem Kulturreferat der LH München. Einsendefrist: 10. Dezember 2024. Außerdem werden kreative Jugendliche im Alter von 16 bis 24 Jahren aus der Münchner Jugendfilmszene gesucht, um das Festivalteam zu verstärken. Interessierte können sich bis zum 30. September mit Lebenslauf und Motivationsschreiben oder einem Videoclip bewerben. Weitere Informationen gibt es [hier](#)

FÖRDERPREIS „MÜNCHNER LICHTBLICKE“

Der Förderpreis „Münchner Lichtblicke“ wird jährlich von der Landeshauptstadt München, der Lichterkette e.V. und dem Migrationsbeirat München verliehen. Er setzt ein Zeichen gegen Rassismus und für ein friedliches Miteinander. Der Preis, der mit rund 11.000 Euro dotiert ist, wird in drei Kategorien vergeben. Bewerben können sich Einrichtungen, Projekte und Einzelpersonen, die mit kreativen und innovativen Ideen gegen Rassismus und für kulturelle Vielfalt eintreten.

Einsendeschluss ist der 31.10.2024. Weitere Infos [hier](#)

10 JAHRE MUSENKUSS

Das Onlineportal für Kulturelle Bildung Musenkuss wird 10 Jahre alt und feiert zu diesem Anlass mit einem Festival. Dieses bietet unter anderem Workshops, offene Ateliers und gemütliche Begegnungsstätten zum Kreativwerden, Interessen vertiefen und Neues ausprobieren. Manche von ihnen erfordern eine Anmeldung. Mehr Infos und das ganze Programm gibt es [hier](#)

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **Design-Thinking-Workshop für Fachkräfte zur Studie „Das bewegt uns“**
Wer: JFF Medienpädagogik in Forschung und Praxis
Wann: Oktober bis Dezember 2024 (flexible Terminvereinbarung)
Wo: Vor Ort, nach Bedarf der Gruppe
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Foto-Memo-Spiel – Genau hinschauen und Details entdecken!**
Wer: Spiellandschaft Stadt e. V.
Wann: 01.10.2024, 09:30 – 13:30 Uhr
Wo: ALEX Spiel- und Kulturwerkstatt, Franz-Heubl-Straße 45
Kosten: 20,00 €
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Fortbildung „Offen für ALLE“ – LGBTIQ***
Wer: Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ*
Wann: am 10.10.2024, 09:00 – 17:00 Uhr
Wo: LeZ – lesbisch queeres Zentrum, Müllerstraße 26
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Grundkurs Holzwerken – kleine Werkangebote mit Kindern durchführen**
Wer: Spiellandschaft Stadt e. V.
Wann: 15.11.2024, 09:30 – 17:30 Uhr
Wo: Spielhaus Westkreuz, Aubinger Straße 57
Kosten: 40,00 €
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Siebdruck in der pädagogischen Praxis**
Wer: Spiellandschaft Stadt e. V., KJR Augsburg-Land
Wann: 30.11.2024, 09:30 – 17:30 Uhr
Wo: Spielhaus Westkreuz, Aubinger Straße 57, 81243 München
Kosten: 40,00 €
Anmeldung: [hier](#)

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 15.10.2024

- Bericht vom KJHA vom 08.10.2024
- Kurzinfo: Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – Veränderungen beim Beratungsanspruch

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Anne Rathjens, Grundsatzreferentin KJR München-Stadt, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.